



Erklärung der Rote Hilfe München:

2. März 72: In Augsburg wird Thomas Weißbecker von einem Mitglied der Sonderkommission des Landeskriminalamtes erschossen. Es war Mord auf offener Straße. Vier Wochen lang beschatteten 16 Beamte der Sonderkommission "Baader-Meinhof" eine Wohnung in Augsburg. Ihr Ziel war nicht die Festnahme der Bewohner. Sie suchten eine Gelegenheit ein mutmaßliches Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe zu erschießen.

Dieser Mord war der dritte innerhalb von 8 Monaten: erst Petra Schelm, dann Georg von Rauch, jetzt Thomas Weißbecker. Weitere werden folgen. Georg von Rauch stand, die Hände erhoben und unbewaffnet mit anderen Genossen an einer Wand, von Polizisten in Schach gehalten. Als er sich umblickte, wurde er abgeknallt. Wie bei Thomas Weißbecker ist er lange vorher beschattet worden.

Die Menschenjagd geht weiter. Der Staatsapparat verfolgt eine klare Linie: der Angriff gilt der RAF, ihren Randgruppen, ihren Sympathisanten, allen Sozialisten und Kommunisten in diesem Staat.

In welcher Situation befinden wir uns? Warum ist der Staat jetzt dazu übergegangen die Mitglieder der RAF auf offener Straße zu liquidieren? Welches Ziel verfolgt Genscher, verfolgt die Polizeiführung damit?

Einer der Gründe ist sicher der politische Anspruch, nach dem die RAF handelt. Sie hat öffentlich erklärt, daß sie das Monopol des Staatsapparats auf Gewalt brechen will. Insofern ist es nicht zufällig, sondern zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Staates notwendig, die Gruppe auszuschalten. Sie ist kein zufälliges, austauschbares Opfer. Denn das Gewaltmonopol des Staates muß im Kapitalismus absolut sein.

Sonst würden die unterdrückten und ausgebeuteten Massen begreifen lernen, daß ihre Ohnmacht keine wirkliche Ohnmacht ist, daß es möglich ist, sich zu organisieren und den Kampf für die eigenen Interessen aufzunehmen.

Mit der Verfolgung und Ermordung der Mitglieder der RAF will der Staatsapparat das Bewußtsein der Ohnmacht verdoppeln. Er will die Möglichkeit nicht nur dieses Kampfes, sondern des bewaffneten Kampfes überhaupt, als eine Absurdität erscheinen lassen. Darum Bürgerkriegsmanöver, Notstandsübungen, Ausbildung der Polizei zu Scharfschützen.

Die Existenz der RAF allein erklärt aber nicht die gegen sie ergriffenen Verfolgungsmaßnahmen. Sie erklärt nicht den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates, die Verwendung des Bundesgrenzschutzes bei Notstandsübungen, die Zentralisierung des Geheimdienstes, das Berliner Handgranatengesetz... Legitimiert werden diese Maßnahmen als Maßnahmen zur "Verbrechensbekämpfung", gegen den "Staatsfeind Nr. 1", den sich der Staat zu diesem Zweck aufgebaut hat. Diese Legitimationsversuche sind für den kapitalistischen Staat notwendig, um von den wahren Gründen dieses Ausbaus des Unterdrückungsapparats abzulenken.

Spätestens seit 66/67 wurde deutlich, daß sich die Widersprüche innerhalb des Kapitals zu einer handfesten Krise verschärft hätten. Mit den immer stärker werdenden Freiheitskämpfen der nationalen Befreiungsbewegungen in der dritten Welt, verloren die imperialistischen Mächte Absatzmärkte, Rohstoffbasen und billige Arbeitskräfte. Mit der Weltwirtschaftskrise, den Beschlüssen der amerikanischen Regierung zum Schutz ihrer nationalen Wirtschaft, spitzen sich die Widersprüche

innerhalb der imperialistischen Mächte zu. Die Profite der Kapitalisten sanken.

Der Kampf der Arbeiter gegen die Verstärkung der Unterdrückung und Ausbeutung und um ihre politische Organisierung stellen eine reale Gefahr für das Kapital dar. Ihnen ~~stark~~ und allen, die versuchen, den Klassencharakter dieses Systems offenzulegen, gilt der Angriff. Dies zeigen auch die Beschlüsse der Konferenz der Ministerpräsidenten, die den Ausschluß aller Linken vom Staatsdienst zum Ziel haben. Die Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Unter-

drückung ist nur gewährleistet, wenn das Instrument der Herrschenden, der Staatsapparat, reibungslos funktioniert. Die Schaffung des Instrumentariums für den Klassenkampf von oben läßt sich nicht ohne Verfassungsbruch durchführen. Der Staat muß seine liberale Maske abbauen, sein wahres Gesicht zeigen. Demokratische Rechte des Volkes gibt es nur, solange die Ausgebeuteten sie nicht zur Durchsetzung ihrer Interessen wahrnehmen. Geschieht das, werden sie hemmungslos abgebaut. Linke Organisationen werden verboten, oder durch § 129 kriminalisiert, Telefone abgehört, willkürliche Hausdurchsuchungen und Festnahmen durchgeführt, Terrorurteile gesprochen. Politische Meinungsäußerungen im Betrieb wird mit Kündigung oder bei ausländischen Arbeitern mit Ausweisung beantwortet. Genossen werden verletzt oder abgeknallt.

Bei allem müssen wir uns nicht nur fragen, warum der Staatsapparat so vorgeht, sondern auch, warum er so vorgehen kann.

Wir müssen begreifen, daß die Herrschenden die Zersplitterung und Spaltung der Linken genau kalkulieren. Wir müssen vermeiden, daß unterschiedliche Auffassungen über einige Fragen, uns unfähig machen, solidarisch

im Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu sein. Aktionseinheit nach außen und ideologische Auseinandersetzung innerhalb der Linken schließen sich nicht aus, sondern bedingen sich gegenseitig. Ziel dieser Aktionseinheit ist es eine liberale Öffentlichkeit gegen den Abbau der demokratischen Rechte zu mobilisieren und durch sie Druck auf den Staatsapparat auszuüben. Es muß hierbei deutlich gemacht werden, daß es im Kapitalismus demokratische Rechte nur dann gibt, wenn die Massen still sind, sich mit ihrer Ausbeutung abfinden. Die Interessen der Bevölkerung können nur durch den Kampf für den Sozialismus wahrgenommen werden. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, wird es wirkliche demokratische Rechte geben.

Wenn ein Genosse ermordet wird, werden wir nicht die Auseinandersetzung über seine politische Strategie in den Vordergrund stellen, sondern darüber reden, daß er ein Genosse war, und daß der Mord an ihm auch uns betrifft. Thomas Weißbecker war ein Genosse, sein persönlicher Mut, sein Haß auf die Bourgeoisie, sein Wille dieses System zu bekämpfen, steht nicht in Frage; auch dann nicht, wenn wir meinen sein strategisches Konzept sei falsch.

Unsere Forderungen müssen sein, daß endlich Schluß gemacht wird mit der Menschenjagd, daß die Verantwortlichen für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden, daß der Kriminalisierung und Illegalisierung der Linken ein Ende bereitet wird.

Einem Tag nach der Ermordung von Thomas Weißbecker demonstrierten in Wahrheit 5000 Genossen in der Berliner Innenstadt. In der Demonstration beteiligten sich fast alle kommunistischen Organisationen

Solidarität
ist eine

Waffe!



Elan

Als man endlich auch darüber sprach
Wie schwierig es sein würde
Das Ziel zu erreichen
Spuckten einige in die Hände
Und machten es sich
In den Startlöchern bequem.

Die Methode des legalen Mordes

Wenn man sich den Hergang der beiden politischen Morde an Georg von Rauch und Thomas Weißbecker vergegenwärtigt, dann fällt die Gleichförmigkeit auf. Die folgende Gegenüberstellung zeigt es:



Georg von Rauch



Thomas Weißbecker

1) G. wurde am Tage vor seiner Ermordung auf die Baader-Meinhoff-Fahndungsliste gesetzt. Später wurde dies von der Bundesstaatsanwaltschaft widerrufen.

1) Bayerns Innenminister Merk bitet am Tage vor Thomas Ermordung die Bevölkerung um Verständnis, "...daß die Polizeibeamten in Zukunft in ungeklärten Situationen die Regeln, die für ihre eigene Sicherheit gelten, noch strenger las bisher anwenden." (S. 21/23.)

Die Bevölkerung wird also in beiden Fällen "eingestimmt"

2) G. wurde am Tage vorher observiert.

2) Die Wohnung wurde 4 Wochen vorher observiert.

Der Aufenthaltsort war also in beiden Fällen bekannt.

3) Der Einsatz wird auf der mittleren Ebene dezentral geleitet, d. h. eine Staatsschutzgruppe wußte nicht, was die andere tat.

3) Observation durch Sicherungsgruppe, Landeskripo und Verfassungsschutz.

4) Der Einsatz wird auf der mittleren Ebene dezentral geleitet, d. h. eine Staatsschutzgruppe wußte nicht, was die andere tat. Das führt dazu, daß die Staatsschützer sich gegenseitig beschießen und den Polizisten Schulz leicht verletzen.

4) Die örtliche Polizei wird bei dem eigentlichen Einsatz ausgeschaltet. Die Aktion wird zentral von der Sicherungsgruppe geleitet. Ähnliche Vorfälle wie in Berlin wurden vermieden.

5) Als erste Pressemeldung wird ein Schußwechsel zwischen Baader-Meinhoff-Gruppe und Polizei von der Polizei herausgegeben.

5) dto. (Sprecher des Innenministeriums, FR.), obwohl allen Beteiligten und Zeugen klar sein mußte, daß nur ein einziger Schuß fiel.

6) Obwohl also den leitenden Stellen von vornherein klar sein mußte, daß der Sachverhalt anders ist, wurde der Vorfall so geschildert. Diese vorgefertigte Lüge von höchster Stelle dient einmal dazu, die glatten Morde als Notwehr zu deklarieren und zum anderen soll die Gefährlichkeit der B.M.-Gruppe ins Bewußtsein der Bevölkerung gehämmert werden.

6) Polizist schießt aus 3-4m Entfernung.

6) Staatsschützer schießt aus 3-4m Entfernung.

In beiden Fällen wurde also nicht versucht, wenn wirklich eine Gefahr für den Polizisten bestanden hätte, durch einen nicht lebensgefährlichen Schuß z.B. ins Bein (der aus dieser Entfernung auch einem Nicht-Scharfschützen gelangen wäre) den Gegner außer Gefecht zu setzen. IN BEIDEN FÄLLEN HANDELT ES SICH ALSO UM GEPLANTEN MORD!

7) Aus der genauen und langen Überwachung kann geschlossen werden, daß sich vorher oder später eine günstigere d. h. weniger gefährdende Gelegenheit zur Verhaftung ergeben hätte.

7) Jeder Schritt wird eine Stunde lang von einer Vielzahl von Polizisten beobachtet. Gelegenheit zu einer für beide Seiten ungefährlichen Festnahme bestand.

8) Der Abtransport der Leiche findet mit einer unüblichen Geschwindigkeit statt. Man kann vermuten, daß der Krankenwagen schon vorbestellt war.

8) dto.

9) Keine Markierung der Leiche und des Standortes des Schützen.

9) Markierung und Rekonstruktion erst nach Abtransport der Leiche daher zweifelhaft.

10) Beeinflussung der Zeugen, z.B. Gemüsehändler Hübner, ein direkter Tatzeuge, wurde auf eine mehrfache Seereise geschickt.

10) Ein Fotograf, der zufällig am Tatort war, wurde behindert. Ihm wurde die Kamera weggenommen. Auf Betreiben des Landeskriminalamtes wurden ein Pfarrer und ein Immobilienhändler widerrechtlich zum Schweigen gebracht.

11) G. und die beiden Begleiter waren unbewaffnet (vorheriges Abtasten), trotzdem wird der Mord als Notwehr hingestellt.

11) Angeblich hat T. eine Waffe gezogen, obwohl selbst ein einige Sekunden nach dem Mord gemachtes Foto keine Waffe erkennen läßt.

12) Verschweigen des wichtigsten Indizes für das benutzte Kaliber: Die durchgeschossenen Brille von G!

12) Falschmeldung über die befundenen 1000-Markscheine, die bei der Begleiterin angeblich gefunden worden waren. Damit sollte sofort eine Beziehung zu den Banküberfällen konstruiert werden.

Pressekonzferenz am 8. März 1972 bei Rechtsanwalt Langmann München

I) Ermittlungsergebnisse zur Erschießung

- 1) T bekam nur einen Schuß ab. Es war ein Herzschoß, die Wirbelsäule ist mitverletzt. Leichnam in Kiel, Einschußstelle wurde herausgetrennt und liegt in München, es war ein Steckschuß.
- 2) Der Tod trat unmittelbar nach dem Schuß ein. T war vor Einlieferung ins Krankenhaus tot und kam gleich in die Sektion.
- 3) T hatte keine Pistole in der Hand. Nach Zeugenaussagen steckte die Waffe entweder im Hosensack oder in einer Tasche in Brusthöhe.
- 4) Der schießende Polizist schoß mit einer Pistole (nicht MP) und zwar mit ausgestrecktem Arm auf eine Entfernung von ca. (max!) 3 Meter.

7) Was hat bisher der Mordschütze ausgesagt? Woher kommt die Meldung, er habe sich hinter einer Säule in Deckung gebracht? Nach der Kreidezeichnung stand er dicht neben einer Säule - bot das nicht ausreichenden Schutz gegen einen evtl. Schuß von Th?

III)

Aussagen von Carmen Roll. Verteidiger: Croissant, Stuttgart

1) Haftbefehl: Nur wegen unerlaubtem Waffenbesitz und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Haftbefehl bestätigt Aussage von Carmen.

Wer hat die Falschmeldungen (Carmen habe auch schießen wollen, habe Bündel von Tausendmarkscheinen mit der Ludwigshafener Banderole dabei gehabt etc.) in die Presse lanciert? Gesucht wurde Carmen wegen ihrer angeblichen Mitgliedschaft zum SPK - §129 StGB

2) Carmen berichtet: Sie waren in der Pizzeria im Haus Thalia zum Mittagessen. Je eine Pizza, ital. Salat u. Orangensaft. Nach dem Essen (gegen 13.30 Uhr) ist Th zum Auto gegangen um Grotschen in die Parkuhr zu werfen, C wartete vor Telefonzelle um zu telefonieren. Während sie noch überlegte, ob sie überhaupt warten soll, hört sie Knall. Denkt an Fehlzündung (wenn überhaupt), und geht langsam ca. 20 Meter in Richtung Auto.

Seitlich kommen 3-4 Zivilbeamte mit gezückten Pistolen auf sie zu, 2 ebenfalls mit gezückten Pistolen ihr entgegen und hinter sich merkt sie auch mindestens einen. Der schreit sofort: Polizei, Hände hoch! Und stürzt sich, unterstützt von den anderen, auf sie. Sowohl C wie Th waren völlig arglos gewesen. C war von Angriff der Bullen so überrascht, daß sie sich überhaupt nicht rührte und gar nicht reagierte (so stehts auch im Haftbefehl!). Sie hatte von der Ermordung gar nichts bemerkt.

C ist völlig sicher, daß Th in der gleichen Situation wie sie, auch genau wie sie gehandelt hat. Sie ist überzeugt, daß er - wie sie - bei einer derart klaren und massiven Übermacht von Bullen mit gezückten Pistolen sicher keine falsche Bewegung gemacht hat. Für sie ist der Schuß eindeutig eine geplante, gewollte Exekution.

II) Fragen zum Vorgehen der Polizei

- 1) Warum beschlagnahmte die Polizei den Film des zufällig anwesenden Amateurfotografen und hinderte ihn durch Handvorhalten unmittelbar nach dem Schuß Photos zu machen? Diese Bilder wären doch der beste Beweis dafür, wenn T eine Pistole in der Hand gehabt hätte. Wie will die Polizei in der knappen halben Stunde, während der T und Carmen Mittag aßen festgestellt haben, daß ihr KFZ Audi eine Fälschung ist? Ob so was Fälschung ist, läßt sich nur feststellen, wenn mit dem Besitzer des Originals gesprochen wird, und sich dadurch herausstellt, daß das echte Auto nicht in Augsburg ist.

3) War die Pistole von Thomas entschert?

4) Warum haben (so Zeugenaussagen) die Beamten schusssichere Westen getragen und nach dem Todesschuß ausgezogen?

5) Warum verhängt das Krankenhaus, in das Thomas kam, eine totale - auch gegenüber Eltern - Nachrichtensperre? Wer hat organisiert, die Zettel mit Aufrufen zur Zeugenaussage von RA Gildemeier abgerissen? Warum hat die Polizei die Zeugen eingeschüchtert, ihnen gesagt, daß sie niemand was erzählen sollen, so daß etwaige Zeugen nichts mehr sagen, nachdem die Polizei bei ihnen war?

6) Wieso war der Hohe Weg/Frauentorgraben bereits am Dom gesperrt - offensichtlich ehe der Schuß fiel? Wer hatte die Straße gesperrt?



Schluss mit dem Terror
der Genscher-Neubauer-Springer-Bande!

ROTE HILFE WESTBERLIN, 1 Bln. 21, Stephanstr. 60
verantwortlich: Rosa Levine
SPENDENKONTO: Postscheckkto. Nr.: 337637
Renate Fink (Sonderkonto)
Preis: 20 M. (Erlös für die Betreuung politischer Gefangener) 13.3.72

UNSER FAZIT:

Bei beiden Morden fällt das fast gleiche Muster der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Staatsschutzgruppen auf. In beiden Fällen gibt es ein ähnliches Muster der "Öffentlichkeitsunterrichtung" d.h. der Verhetzung, der gezielten Falschmeldung, der Vertuschung von Tatbeständen.

Den Morden an Thomas W. und Georg v. R. lag ein Plan zugrunde. Der Unterschied zwischen beiden besteht im Grad der Perfektion des Mordens. Gab es im "Fall Georg v. Rauch" noch viele Pannen und Widersprüche, die so weit gingen, daß sich die Staatsschützer gegenseitig beschossen, so klappte es beim Mord an Thomas schon viel besser: Die lokale Polizei wird zur Überwachung mit eingesetzt, die Staatsschützer vollziehen die Tat, der örtlichen Polizei fallen Hinterher die kleinen Dreckarbeiten zu, wie Absperrung des Tatortes etc.

Auch die "Pressearbeit" der höheren Dienststellen ging etwas glatter über die Bühne: Waren bei Georg die Widersprüche der polizeieigenen Darstellung so groß, daß es selbst Teilen der bürgerlichen Presse und der liberalen Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus zu bunt wurde (Anfrage an den Sicherheitsausschuß), so wurde im Fall Thomas W. nach dem ersten - aber gezielten - Falschmeldung des bayerischen Innenministeriums eine Version durchgelassen: T. habe sein Waffe gezogen, dahinter schoß der Staatsschützer aus Notwehr. Man hofft, daß der Öffentlichkeit die kleinen Unebenheiten nicht weiter auffallen. Der perfekte politische Mord wird trainiert, bei Georg noch im Dunkeln auf einer ruhigen Seitenstraße, und jetzt schon am helllichten Tag auf einer belebten Geschäftsstraße.

wie in Berlin werden wir auch hier die Lügen des Staatsschützers durch eigene Ermittlungen entlarven und die Bevölkerung über die wahren Sachverhalte und Hintergründe aufklären.

Die Welt am Sonntag schreibt am 5. März 1972:

"Warum, so fragt man sich, geraten Söhne von Universitätsprofessoren in Situationen, bei denen sie erschossen werden?"

Abgesehen davon, daß es unglaublich zynisch ist, von "Situationen" bei denen sie erschossen werden" zu reden, als ob es ein sachlicher Vorgang wäre, vergleichbar mit einer "Situation", wo man unter Auto kommt;

Abgesehen davon, daß es Leute gibt, die diese Situationen schaffen, nämlich die Spezialisten des legalen Mordes, die Spezialisten von "Notwehrsituationen", also die Sonderkommissionen, der Verfassungsschutz, die Sicherungsgruppe Bonn;

Abgesehen davon, daß der Ton der Frage unverschämte ist, weil er den Kampf von Thomas Weißbecker als eine interne Angelegenheit der herrschenden Klasse hinstellt;

Abgesehen davon, die Frage ist wichtig: Warum schlagen "Söhne von Universitätsprofessoren" ihre Karriere aus? Warum verzichten sie auf die Glücksgüter, die sie, als Söhne ihrer Klasse, ohne die Finger zu krümmen, bekommen könnten?

Die Welt am Sonntag weiß darauf nicht zu sagen, als daß "junge Menschen in den Tod laufen, die sich der Alltagslogik entziehen".

Was ist Alltagslogik? Was bestimmt die Logik unseres Alltags? Die Logik unseres Alltags heißt doch, daß wir unsere Arbeitskraft verkaufen müssen, daß wir Berufe ergreifen müssen, die wir nicht wollen, daß wir in Wohnungen leben müssen, die uns beengen, daß wir Angst haben müssen, unseren Job zu verlieren, daß wir Angst haben, krank zu werden, daß wir in einer Gesellschaft leben, in der jeder den anderen als

konkurrenten und Feind betrachtet. Alltagslogik heißt doch, daß man lebt von der Arbeit, die man leistet und braucht dafür den kapitalistischen Staat, der garantieren soll, daß es so bleibt. Der "Professorensohn" Thomas Weißbecker hat sich geweigert, auf Kosten der arbeitenden Klasse zu leben. Er hat die Privilegien, die er

durch Geburt allein hatte, nicht akzeptiert; er hat begonnen, die "Alltagslogik" des kapitalistischen Systems zu bekämpfen.

Für Thomas Weißbecker begann der Kampf gegen das autoritäre Erziehungssystem und gegen die Schule von Kindern reicher Eltern. In der "Eliteschule" in die er von seinem Vater gesteckt worden war, gründete er den AUSS (Aktionsgemeinschaft unabhängiger sozialistischer Schüler). Als Abiturient trat er in den Republikanischen Club ein.

In Frankfurt begann er mit Lehrlingen politisch zusammenzuarbeiten. Er unterstützte die Rebellion der Heimzöglinge gegen unmenschliche Schikanen. Sein Ziel, zusammen mit anderen für die Unterdrückten und Unterprivilegierten (die die Gesellschaft gemeinhin "Randgruppen" nennt) das Recht auf selbstbestimmtes Leben zu erkämpfen. Er ging einige Schritte weiter und lebte mit Lehrlingen und ausgebrochenen Heimzöglingen zusammen.

Später, in Berlin, begann er sich den "umherschweifenden Haschrebellen" anzuschließen. Was besagt dieser merkwürdige Name? Sehr viele Jugendliche in Westberlin hatten begonnen, einen Ausweg aus ihrem bedrückenden Dasein zu finden, indem sie in die sogenannte Subkultur gingen. Sie "flüchteten" aus, sie machten nichts mehr mit, sie hörten bewußt auf, zu funktionieren. Die "umherschweifenden Haschrebellen" versuchten den Jugendlichen klarzumachen, daß es nicht genügt, sich bloß zu weigern, sondern daß man für seine Rechte kämpfen muß. Thomas, sein Freund Georg (er

wurde am 4. Dezember 1971 von einem Polizisten in Berlin ermordet) und andere versuchten, die antiautoritäre Rebellion fortzusetzen zu einem Zeitpunkt, wo eine allgemeine Amnestie für Demonstrationsstätten ausgesprochen wurde. Der Staat, der sah, daß die massenhaften Anklagen vieler Demonstranten den Mechanismus der Justiz lahmlegen würde, versuchte mit der Amnestie viele Studenten in das Stadium bürgerlicher Unschuld zurückzusetzen. Dem Studenten sagte "Vater Staat": macht das nicht nochmal! Gegen diese Politik kämpften die Genossen um Thomas, sie setzten den Kampf gegen die Klassenjustiz fort. Die Folge: Thomas war

mehrfach im Knast. In der Zeitung "Agit 883" versuchte er besonders die Solidarität der inhaftierten Genossen zu organisieren. Zugleich agitierte er für den palästinensischen Befreiungskampf. Danach wurde er erneut inhaftiert. Am Schluß eines Prozesses gelang es Thomas und Georg von Rauch durch ein Täuschungsmanöver, daß Georg entkommen konnte. Die Berliner Justiz mußte Thomas vorerst freilassen, nachdem er 11 Monate im Knast abgesessen hatte. Allerdings erwartete er noch eine Reihe anderer Anklagen. Nach dem Terrorurteil gegen Dieter Kunzelmann, der ohne eine Schatten von Beweis zu neun Jahren Gefängnis verurteilt wurde, sah er keine andere Möglichkeit als unterzutauchen.

Sein Leben hat 23 Jahre gedauert. Er hat es für die Revolution gelebt. Er ist kaltblütig abgeknallt worden.

Wir werden ihn nicht vergessen.



Petra Schelm, Georg v. Rauch und Thomas Weißbecker starben für die Interessen des Volkes. Die unterdrückten und ausgebeuteten Massen werden ihr Andenken in Ehren halten durch verstärkte Anstrengungen, die Herrschaft des Kapitals zu brechen, und durch den engen Zusammenschluß der am meisten bewußten und kämpferischen Kräfte des Volkes. Die Waffe der Solidarität kann durch die Springer-Genscher-Bande und all ihrer Handlanger, der Martins, Schrübbers und Nollaus niemals besiegt werden. Nach der Ermordung der Genossin Petra Schelm durch die Schergen des Hamburger Faschisten Ruhnau am 15. Juli 1971, dem geplanten Mord an dem Genossen Georg von Rauch durch die Gestapo des Westberliner Faschisten Neubauer am 4. Dezember 1971 ist nun der hingerichtete Genosse Thomas Weißbecker das vorläufige Opfer einer brutalen Treibjagd des gesamten Staatsapparates auf alle Feinde des kapitalistischen Gewaltregimes. In ganz Westeuropa blasen die Herrschenden im Einverständnis mit den revisionistischen Ordnungshütern ihr Halali zum Klassenkampf von oben.

Londonderry, die Ermordung des Genossen Pierre Overney durch den Boß des Renault-Werkschutzes, der Fenstersturz des Genossen Pinelli in Mailand. All diese Schläge sind Schläge ins Wasser. Getroffen werden zwar einzelne, aber wir dürfen nie vergessen, daß sie die militantesten Avantgardisten der unterdrückten Massen sind, die anfangen sich organisiert gegen die kapitalistische Ordnung zu wehren: der Freiheitskampf des irischen Volkes, der erfolgreiche Streik der britischen Bergarbeiter, der dreiwöchige "illegale" Streik der holländischen Werft- und Metallarbeiter, die Massenkampagnen in Frankreich gegen die verschärfte Unterdrückung ausländischer Arbeiter, die Solidarisierung aller nichtrevisionistischen Gruppen mit Valpreda gegen das Komplott der Faschisten.

Warum müssen die Imperialisten die Unterdrückung in den Metropolen jetzt verstärken? Reicht der Bombenterror in Indochina, der Mord der Zionisten am palästinensischen Volk, reichen die faschistischen

Regimes in Persien, Türkei, Griechenland, Spanien und Portugal nicht mehr aus, um die Stellung gegen die Völker der Welt zu halten?

Durch den heldenhaften Kampf und den sich abzeichnenden Sieg aller sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen in den unterentwickelten gehaltenen Ländern sind die Herrschenden gezwungen die Profitmaximierung, folglich auch die Ausbeutung des arbeitenden Volkes im eigenen Land immer mehr auf die Spitze zu treiben. Dieser Imperialismus nach innen hat zur Folge: Massenentlassungen, Preistreiberei und Lohnraub, Aufbau einer Bürgerkriegsarmee, Illegalisierung sozialistischer Organisationen. Gleichzeitig praktiziert die bürgerliche Klassenjustiz Schutzhaft, Terrorurteile und Berufsverbote gegen Kommunisten.

Durch derartige Methoden wird das freche Geschwätz von der "freiheitlich demokratischen Grundordnung" tagtäglich als Propagandalüge entlarvt. Diese "freiheitlich demokratische Grundordnung" ist nichts anderes als die menschenfeindliche Unordnung im Interesse der Monopolbourgeoisie.

Die Verfolgungsmethoden der Herrschenden, die ihre Position immer mehr bedroht sehen, schaffen die Bedingungen für den Widerstand, besonders unter der Jugend. Petra, Georg und Thommy hatten sich entschieden, den Widerstand zu organisieren. Deshalb wurden sie ermordet. Wir werden nicht vergessen, daß ihre Mörder weiter in Amt und Würden sind und daß sie neue Morde vorbereiten und durchführen werden.

Wir zweifeln nicht daran, daß das revolutionäre Volk eines Tages seine Feinde zur Rechenschaft ziehen wird.

DAS VOLK WIRD VIELE KÄMPFER WIE PETRA, GEORG UND THOMMY HERVORBRINGEN!

HABT MUT ZU KÄMPFEN-HABT MUT ZU SIEGEN!

SOLIDARITÄT IST DIE STÄRKSTE WAFFE IM KLASSENKAMPF!

ERKLÄRUNG VON DIETER K.

Liebe Genossen!

Wir haben Euch die "Rote Fahne" vom 11. 2. 1972 zusenden lassen und bitten Euch, uns mitzuteilen, ob Ihr sie erhalten habt und wir sie für Euch abonnieren sollen. Falls Ihr weitere Presseorgane, Bücher etc. braucht, schreibt uns dies bitte.

Das RHK hat seit seiner Gründung (Dezember 1970) Solidarität mit denen geübt, die wegen ihres Kampfes gegen den kapitalistischen Staat und gegen den US-Imperialismus von der bürgerlichen Klassenjustiz verfolgt und ihrer Freiheit beraubt wurden. Das RHK hat dabei die Solidarität und die materielle Unterstützung der politischen Gefangenen stets mit dem Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes verbunden. Gerade die letzten Wochen und Monate zeigen wieder, wie die Bourgeoisie verstärkt ihre Klassenjustiz einsetzt: Terrorurteile gegen Dieter Kunzelmann und Johann Heinrich von Rauch, Verschärfung der Haftbedingungen für die Politischen Gefangenen, Vorbereitung von Gesetzen (Vorbeugehaft) mit dem Ziel, für die sich verschärfenden Klassenaussetzungen eine Handhabe zu haben, legal die kämpfenden Arbeiter einzuschüchtern und von ihrer Klasse zu isolieren.

Wenn wir es als eine unserer Hauptaufgaben betrachten, gegen die bürgerliche Klassenjustiz in erster Linie den Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte zu organisieren, dann nicht weil wir Illusionen über die bürgerliche "Demokratie" haben, sondern weil wir meinen, daß die bürgerlich-demokratischen Garantien nützliche Bedingungen für den legalen Kampf der Arbeiterklasse darstellen, die nicht kampfflos aufgegeben werden dürfen, gerade in Zeiten ihrer relativen Unorganisiertheit und Schwäche.

Um den Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte noch besser führen zu können, um Euren Kampf für Eure Freiheit und gegen die täglichen Übergriffe der Klassenjustiz, unter denen Ihr zu leiden habt, unterstützen zu können, brauchen wir noch mehr Enthüllungen und Entlarvungen aus den Gefängnissen. Schreibt uns, wie Ihr behandelt und schikaniert werdet, wie versucht wird, Euch von den Mitgefangenen zu isolieren, mit welchen schamlosen Begründungen Euch die primitivsten Rechte entzogen werden. Ohne solche Korrespondenzen aus den Gefängnissen können wir die Klassenjustiz nicht anprangern und den Kampf weiterführen, ohne solche Korrespondenzen kann kein Kampfprogramm für alle politischen Gefangenen aufgestellt werden, ohne die Organisierung eines Korrespondenznetzes wird die Organisierung des gemeinsamen Kampfes unmöglich sein.

Schreibt Korrespondenzen und teilt Eure Wünsche mit, damit wir Eure jetzige Situation erträglicher machen können! Schreibt bitte an folgende Adresse:

Rote Hilfe e.V.
1 Berlin 30
Postfach 4045

Rot Front!

BRIEF DES ROTE HILFE KOMITEES DER KPD AN DIE GENOSSENEN IM KNAST:

Antworten auf RHK-Brief.

Hilmar Buddee

Liebe Genossen, euren brief habe ich mit einiger Überraschung zur Kenntnis genommen. Obwohl ich seit 1970 in U-haft sitze, habe ich nämlich von Solidarität, materieller Unterstützung durch das "RHK" der KPD/AO nichts gemerkt. Auch über die Anrede "Genosse" bin ich hoch erfreut. Bisher habe ich immer nur mitgekriegt, daß nach dem Sprachgebrauch der KPD/AO die politischen Gefangenen "Menschen", "verzweifelte, isolierte Menschen" oder "Putschphantasten" sind. Was euren Wunsch nach Korrespondenz anbetrifft, möchte ich euch empfehlen, euch an die Rote Hilfe zu wenden. Sie ist über meine Situation im Knast bestens informiert.

Rotfront

Rote Hilfe Westberlin

zum brief des rote hilfe komitees e.v. an die politischen gefangenen.

wir sehen uns gezwungen auf den brief des roten hilfe komitees an die gefangenen genossen zu reagieren. dabei geht es uns vor allem darum, einige unwahrheiten aufzudecken.

Das Rote Hilfe Komitee ist eine Hilfsorganisation der KPD/AO. Es hat seit seiner Gründung im Dezember 1970 nicht viel mehr getan als die Rote Fahne und die RPK in den Knast zu schicken. Materielle Unterstützung war nicht drin, sie schickten sogar die Rechnungen für Büchersendungen ihres Verlages Oberbaum den Genossen zum Bezahlen in den Knast. Doch was noch schlimmer ist, die meisten Genossen wurden diffamiert als Anarchisten, Kleinbürger, isolierte Leute, die sich selbst illegalisiert haben.

Nachdem nun die Rote Hilfe in ihrer Arbeit einige Erfolge zu verzeichnen hatte, werden ihre Erfolge nun zum Teil einfach auf die "erfolgreiche" Propaganda-Arbeit der KPD/AO zurückgeführt.

Jetzt sollen Genossen, die bisher diffamiert wurden, dazu benutzt werden, durch Enthüllungen aus dem Knast, eine Politik zu unterstützen, deren Hauptparole Kampf dem Abbau der demokratischen Grundrechte ihrer Situation Hohn spricht.

Eine derartige Instrumentalisierung der gefangenen Genossen ist zynisch. Sie dürfen nicht zu Objekten der KPD-Aufbauorganisation-Abbau-Propaganda-Politik werden.

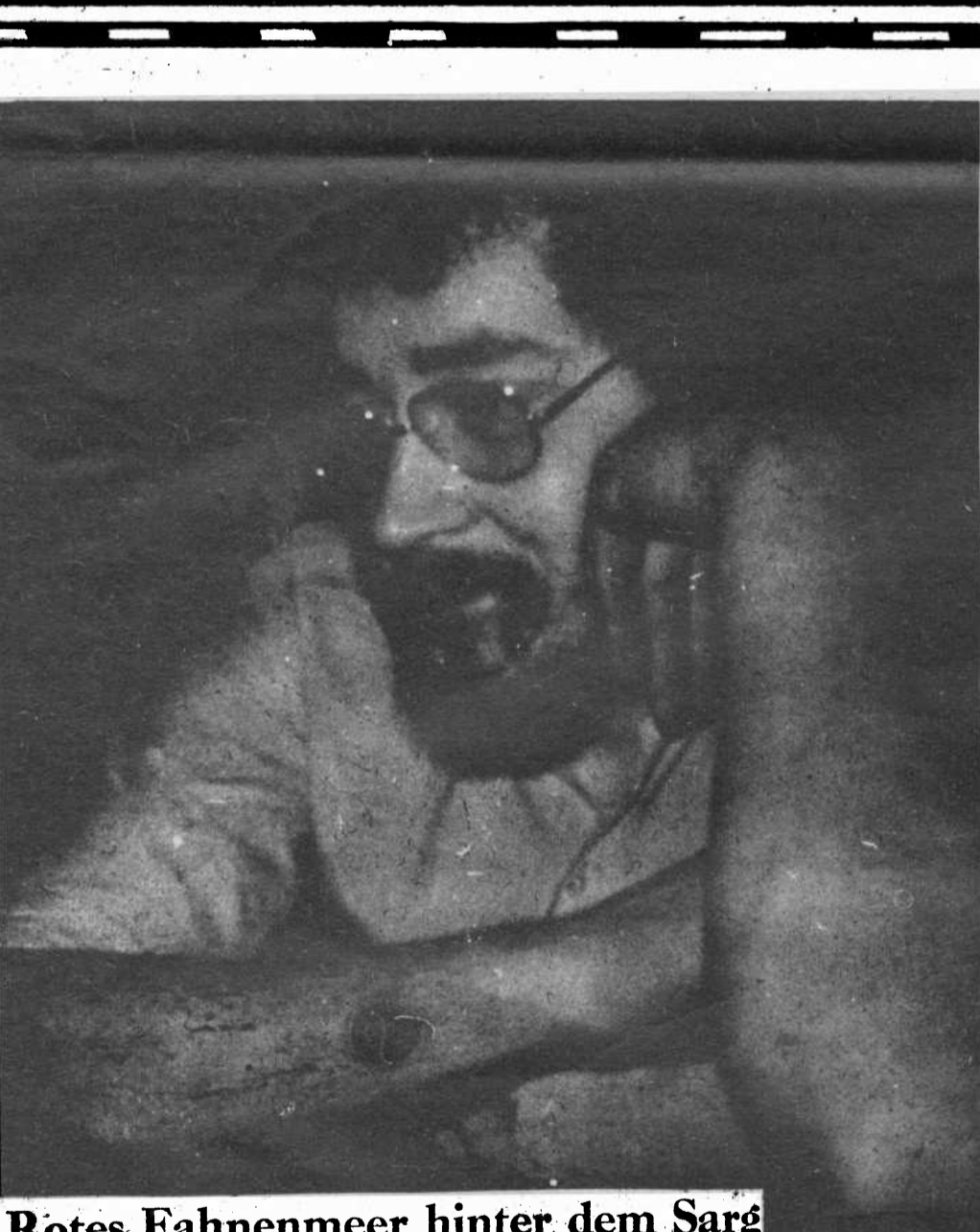
Werner Hoppe

Sag mal, gibt's jetzt in Berlin noch ne RH, die von der 'KPD' abhängt?? Ich hab die 'Rote Fahne' Nr. 36 gekriegt mit einem Schreiben dazu, vom "RH Komitee Westberlin e. V.", mit Postfach dabei!

Und alles so autoritär, dogmatisch, unbegriffen, armselig in der 'Roten Fahne': "Vorwärts in der Bolschewisierung der Partei!"

Ich meine, es ist ja nach den bekannten Machenschaften der KPD-Bonzen überhaupt bemerkenswert, daß sie sich zu Solidarität (natürlich mit dem Kampf gegen Rechteabbau verbunden) aufraffen, aber es ist wohl ein Musterbeispiel für ihr kleinbürgerlich-schwachsinniges und schier überwindliches Sektierertum, dafür eine Organisation zu gründen, statt die bestehenden zu unterstützen! Weißt du, mir kommt das vor, als würden die Solidarität als Konkurrenz und vor allem als Alibi verstehen. Scheiße. Das kann ihr Verhalten nach dem Mord an Georg nun auch nicht rechtfertigen, und sie beten auch immer noch die gleiche schwachsinnige Litanei runter. Vielleicht, daß ihnen die 3000 Genossen damals zu denken gegeben haben, gelernt dabei haben sie offenbar nicht daraus - Aber wie könnten eingeleitete Partei-Dogmatiker auch mit Spontaneisten und Parteifeindlichen zu einer Koordination und Kooperation gelangen. Grußbotschaften, Parteikonferenzen, Vorbereitung des ersten Parteitags. Finster! Allerdings müssen sie ja irgendwie mit der Realität kollidiert sein. Weißt du, wie das kommt? Ich sehe darin jedenfalls

keinen Sinn, außer Spaltung der Bewegung und den Versuch, den Heiligenschein der einzigen "korrekten Linie" wieder blank zu putzen nachdem die mit der Sabotage der Solidaritätsdemonstration so auf die Presse gefallen sind. Schreib mir mal darüber, du, schließlich möchte ich nicht von dem Ausrottungsfeldzug gegen intellektuelle Anarchisten und kleinbürgerliche Spontaneisten und Parteifeindliche und Volutaristen und Hölderlin-, Heym- und Bodelaire-Leser durch die Stalis überrascht werden... "Umerziehung unmöglich"



Rotes Fahnenmeer hinter dem Sarg

Die Beerdigung von Pierre Ouverney wurde zur Demonstration

Von unserem Korrespondenten Lutz Krusche

PARIS, 5. März. Zehntausende folgten am Wochenende dem Sarg des Maoisten Pierre Ouverney, der vor neun Tagen bei einer Demonstration an den Toren der staatlichen Renault-Automobilwerke von einem Wachmann erschossen worden war.

Die Schätzungen über die Zahl der Teilnehmer, die dem Trauerzug zum Friedhof Pere Lachaise folgten, gingen extrem auseinander. Die Pariser Polizei sprach von 18.000, die linksradikalen Vereinigungen, die zu dieser Demonstration aufgerufen hatten, von 200.000 und das Sonntagsblatt „Journal du Dimanche“ von 50.000.

Der Trauerzug glich mehr einer politischen Kundgebung als einer Beerdigung. Dem Sarg, der über fast sieben Kilometer von sich abwechselnden Gruppen auf den Schultern getragen wurde, folgte ein wahrer Wald von roten Fahnen. Spruchbänder zeigten Aufschriften wie „Wir werden Pierre Ouverney rächen“.

„Unternehmer, Polizei, Mörder“ oder „Stopp dem Faschismus“.

Der scharfe Gegensatz zwischen Frankreichs Kommunisten und den linksradikalen Gruppen wurde auch bei dieser Gelegenheit unterstrichen. Die Kommunisten und der ihr verbundene Gewerkschaftsbund CGT, die es abgelehnt hatten, an dieser von zehn linksextremistischen Gruppen inszenierten Trauerfeier teilzunehmen, wurden heftig beschimpft. Man sah Transparente mit Slogans wie „KPF - Verräter - Es lebe der Kommunismus“.

Die Kommunistische Partei wiederholte ihre Erklärung, daß die Linksradikalen als Handlanger der Machthaber die Kommunisten, die Arbeiter und die Gewerkschaftsbewegung aufspalten wollten.

Zu nennenswerten Zwischenfällen kam es bei der Beerdigung nicht. Die Teilnehmer am Trauerzug folgten der Aufforderung ihrer Organisatoren, sich nach der Beerdigung zu zerstreuen.

Teilnahme an Begräbnis abgelehnt

kr PARIS, 2. März. In fast gleichlautenden Erklärungen haben die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) und der Kommunistische Gewerkschaftsverband (CGT) eine Teilnahme am Begräbnis von Pierre Ouverney am kommenden Montag abgelehnt. Der 23jährige Maoist war vor einer Woche bei einer Demonstration an den Toren der Renault-Fabriken von einem Werkschutzmann erschossen worden. Beide Organisationen weisen darauf hin, daß Trotzlisten, Marxisten, Maoisten die Arbeiterbewegung zersplitterten und mit ihren Angriffen gegen KPF und CGT den Machthabern in die Hände arbeiteten. „Durch ihre Provokationen und Gewalttätigkeiten dienen sie dem Instrument der Macht der Monopole bei ihren Bemühungen, ihren autoritären Charakter zu stärken.“

ZUM MORD AN PIERRE OVERNEY

Extremisten entführten Renault-Angestellten

„Gruppe Pierre Ouverney“ stellt Bedingungen

Von unserem Korrespondenten Lutz Krusche

PARIS, 8. März. Eine Gruppe französischer Maoisten hat am Mittwochmorgen einen leitenden Angestellten der staatlichen französischen Renault-Automobilwerke, den 52jährigen Robert Nogrette, entführt. Wie die Gruppe „Pierre Ouverney“ des „maoistischen neuen Volkswiderstands“ in einer Erklärung bekanntgab, soll Nogrette so lange festgehalten werden, wie sich Maoisten in französischen Gefängnissen befinden.

„Alle großen französischen Gewerkschaften, unter ihnen die kommunistische DBT und die radikale CFDT, haben diese Entführung als schärfste als sinnlosen Gewaltakt verurteilt. Die Kluft zwischen linksradikalen Splittergruppen und den Kommunisten ist damit noch tiefer geworden. Die maoistische Gruppe „Pierre Ouverney“, so genannt nach dem vor zwei Wochen von einem Renault-Werkschutzmann erschossenen 23jährigen Maoisten, hat die Nachricht von der Entführung selbst in Umlauf gesetzt. Sie tat dies über die „L'Agente de Presse Libération“, eine vor einem halben Jahr von Maurice Clavel und Jean-Paul Sartre gegründete linksradikale Presseagentur.“

Am Begräbnis Pierre Overneys am vergangenen Samstag hatten über 100.000 Menschen teilgenommen. Seit der Erschießung des jungen Mannes ist es in Frankreich zu einer Serie von Attentaten mit Molotow-Cocktails gegen Renault-Niederlassungen gekommen. Die französische Angestelltengewerkschaft er-

wägt, einen Generalstreik zu proklamieren. Sie begründet dies erstens mit der Entführung Nogrettes und zweitens mit dem ständigen Terror, physischen Bedrohungen und Diffamierungen, denen Renault-Angestellte ausgesetzt seien. Der gekidnappte Robert Nogrette wurde beschuldigt, verantwortlich zu sein für die „Einstellung von Killern“ im Renault-Werk Boulogne-Billancourt.

Renault konnte am Mittwoch nur bestätigen, daß Nogrette nicht zum Dienst erschienen sei und am fraglichen Morgen einen Besuch beim Arzt geplant habe. Inzwischen hat sich ein Augenzeuge bei der Polizei gemeldet, der angab, er habe am Mittwochmorgen, 7.30 Uhr, gesehen, wie eine Gruppe junger Leute in der Rue de Seine in Boulogne einen Mann in einem weißen Lieferwagen mitgenommen hätte.

Eine maoistische Gruppe hatte 1970 bereits für kurze Zeit den gaullistischen Abgeordneten Michel de Grailly entführt.

Prominente Zeugen nicht mehr zu erwarten

Nach Ruhland-Prozeß keine weiteren Persönlichkeiten im Verdacht

Von unserem Korrespondenten Hellmuth Rieber

KARLSRUHE, 5. März. Von den etwa 30 Personen, die Angehörigen der Baader-Meinhof-Gruppe Unterschlupf gewährten oder sie sonst auf strafbare Weise begünstigten, hatten die „prominentesten“ bereits im Ruhland-Prozeß in Düsseldorf als Zeugen erscheinen müssen. In dem noch in Vorbereitung befindlichen Prozeß gegen andere Mitglieder der kriminellen Anarchistengruppe seien keine prominenten Personen mehr verwickelt.

Mit dieser Feststellung wiesen Beamte der Ermittlungsbehörden in Karlsruhe und Bonn Behauptungen zurück, daß noch weitere hochgestellte Persönlichkeiten mit der Baader-Meinhof-Gruppe strafbare Kontakte unterhalten hätten.

Ein Ermittlungsbeamter: „Das Zeugenaufgebot im Ruhland-Prozeß war das prominenteste, was wir hatten.“ Bei den noch kommenden Prozessen gegen andere Mitglieder der Anarchistengruppe gäbe es zwar noch wichtige Zeugen, aber ein „Professor ist nicht mehr daunter“.

LUDWIGSHAFEN (dpa). Verlassen hat die Polizei einen mutmaßlichen Unterschlupf der mit Anarchisten im Zusammenhang gebracht

ten Ludwigshafener Bankräuber vorgefunden. Wie die Polizei am Wochenende mitteilte, wurden in der Drei-Zimmer-Wohnung nahe dem Ludwigshafener Polizeipräsidium jedoch Fingerabdrücke und Haarproben entdeckt. Auf den Unterschlupf war die Polizei bereits vor einigen Tagen durch einen Hinweis aus der Bevölkerung aufmerksam geworden. Bei der noch nicht identifizierten Begleiterin des am Donnerstag in Augsburg erschossenen Thomas Weisbecker fand sich außerdem ein Einzahlungsschein über die Miete für die Ludwigshafener Wohnung, die am 1. Februar an eine junge Frau vergeben worden war. Die Polizei ist überzeugt, daß diese Frau die unter dem Verdacht der Beteiligung an dem Ludwigshafener und auch Kaiserslauterner Banküberfall stehende Ingeborg Barz ist.

HAMBURG (dpa). Dem 50jährigen Kriminal-Hauptkommissar Hans Eckardt, der bei einem Schußwechsel mit dem 25jährigen Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe Manfred Grashof in Hamburg lebensgefährlich verletzt wurde, geht es besser. Über Grashof, der auf derselben Intensivstation eines Hamburger

rankenhauses wie Eckardt liegt, machten die Ärzte keine Angaben.

HAMBURG (ddp). Mit einer Flasche brennbaren Inhalts, die mit einer Lunte versehen war, ist am Wochenende in Hamburg ein Anschlag auf das Strafjustizgebäude versucht worden. Wie die Polizei mitteilte, hielten kurz vor Mitternacht drei „dunkelgekleidete Gammertypen“ in einem Personenwagen vor dem Gebäude, warfen die Flasche gegen das Fenster neben dem Haupteingang und führten dann unerkannt weiter. Die Flasche sei neben dem Eingang explodiert, ohne jedoch Schaden anzurichten.

BERLIN (AP). Zwei Anschläge auf einen Polizeiwagen und das Privatauto eines Polizeibeamten sind am Sonntagmorgen in Berlin mißglückt. Wie die Polizei mitteilte, hatten Unbekannte einen Brandatz, bestehend aus zwei Flaschen mit Benzinlösung, zwei Taschenlampenbatterien und einem Kurzzeitwecker, unter dem Wagen des Polizeiwagens angebracht, der vor einem Revier in Kreuzberg abgestellt war.

unterwegs habe die Frau Ulrike Meinhof nach einem Fahndungsbild erkannt, also von da ab die Gruppe mit vollem Wissen unterstützt.

Offensichtlich genießt Becher seine Wichtigkeit. In der Pause plappert er schwachsinnig mit Reportern über das Sexualleben der Gruppe, stellt darüber Vermutungen an, die eindeutig seiner verklemmten Phantasie entspringen, und am nächsten Tag macht der alte Reaktionsär Rainer Ries vom Express die Schlagzeile draus: „Ulrike schlief mit den Ängstlichen!“

Die Reporter hocken wie Schweißfliegen im Saal. Dementsprechend stürzen sie sich hauptsächlich auf Scheiße: Wenn das Wort Hasch auftaucht, oder Becher in der Pause Unsinn von sich gibt, usw.

Sicher merken sie ganz genau, was hier gespielt wird. Das zeigt ihr höhnisches Gelächter, wenn

der Angeklagte mal wieder Polizeiberichte zitiert, aber die Wahrheit macht keine Schlagzeile!

Insgesamt: das ganze ist ein Schauprozeß übelster Art.

Die Richter, der Oberstaatsanwalt und der Verteidiger bilden die Anklage, der Angeklagte ist zum Kronzeugen aufzubauen. Der wirkliche Hauptangeklagte sitzt in Berlin: er heißt Horst Mahler.

Vier Jahre für Ruhland gefordert

Mit DÜSSELDORF, 8. März. Unter größtmöglicher Zuerkennung von Strafmilderungsgründen beantragt die Anklagebehörde im Prozeß gegen das ehemalige Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe, Karl-Heinz Ruhland, in ihren Plädoyers am Mittwoch eine Gesamtstrafe von vier Jahren Freiheitsentzug.

Vor dem Schrank, der als Barriere auf dem Flur vor dem Gerichtssaal dient, stehen fast immer ein paar Leute herum. Das „Volk“, in dessen Namen der Prozeß stattfindet, das „Volk“, dem mittels dieses Prozesses, vieles mundgerecht gemacht werden soll, dieses Volk hat im Gerichtssaal nur 8 Plätze zur Verfügung! Eigentlich sind 12 Sitze in einer Reihe, aber je zwei an beiden Seiten werden von Bullen eingenommen.

Stahlgardinen vor den Fenstern, Vorhänge zugezogen, der Angeklagte hinter kugelsicherer Scheibe: die Kulisse für eine miese Schau.

Die Presse hat 34 Plätze reserviert, davon allein 4 für „Bild“. Wenn ein Platz freibleibt, darf vom draußen wartenden Volk noch einer rein. Die Bullen sehen überwiegend „jung und progressiv“ aus.

Die Prozeßführung ist sehr banal. Der Angeklagte erzählt; wenn er sich nicht mehr erinnern kann, hilft der Vorsitzende nach. Oberstaatsanwalt und Verteidiger sagen kaum etwas. Man tut sich nichts. Alles läuft in großer Freundschaft ab.

Der Angeklagte plaudert munter. Er hat ein erstaunliches Erinnerungsvermögen. Kommentar einiger politisch unvorbelasteter Zuschauer: Der kennt die Akten besser, als Richter und Oberstaatsanwalt.

Während er sich noch genau an Nummernschilder geklauter Autos und alle möglichen Einzelheiten erinnern kann, sind ihm andere Dinge völlig entfallen; z.B. sein frühere Aussage, man habe mit dem Geld aus den Berliner Banküberfällen noch eine zweite Befreiung durchführen wollen. Auch daß man geplant habe, in Munsterlager Waffen zu holen, fällt ihm erst auf einige heiße Tips vom Richter ein. Der Richter rettet die Situation und erklärt, der Angeklagte habe sich nicht an das Datum erinnern können. Besonders fallen auch Redewendungen auf, die bestimmt nicht von Ruhland selbst kommen: „wo eine mir unbekannt männlich Person zustieg.“

Zur Aussage, man habe in Hamburg Waffen kaufen wollen, wird gefragt, mit wem verhandelt worden sei. Ruhland sagt, damals habe er es nicht gewußt, inzwischen sei es ja bekannt, aber er wolle nichts dazu sagen, da die Ermittlungen noch laufen (!). Der Angeklagte hat viele Dinge, die er aussagt, „später“ erfahren, aber wann und wo wird wohlweislich nicht gefragt !!

Lächerlich eindeutig wird die ganze Sache, als Ruhland den Irrtum eines Polizeiprotokolls als eigenes Wissen ausgibt. Er sagt, Astrid Proll sei in Hamburg überprüft worden und mit ihren echten Papieren wieder freigelassen worden. Als der Vorsitzende einwirft, das könne ja nicht sein, da sie auf der Fahndungsliste stand, erklärt der Oberstaatsanwalt (!), der Polizeibeamte habe sich in seinem Bericht geirrt und statt des falschen Namens, unter dem sie überprüft und entlassen worden sei, den später festgestellten richtigen Namen, nämlich Astrid Proll angegeben.

Wenn Ruhland aufgrund eines Fehlers im Polizeiprotokoll eine falsche Aussage macht, dann ist wohl klar, woher sein detailliertes Wissen kommt. Vorsitzender und Oberstaatsanwalt zeigen denn auch, wie man die Aussagen herausholt, die man haben

will. Man geht von vornherein davon aus, daß bestimmte Leute, auf die man sich schon geeinigt hat, die Anführer sind, die „Befehle“ erteilen. Wenn Ruhland sagt, „jemand hat aus Berlin angerufen, wir sollen uns mal um Pässe kümmern“, so wiederholt der Richter: „Also Sie haben die Anweisung erhalten.“ Oder man fragt wer den Befehl dazu gegeben habe. Man merkt, daß vor allem der Richter nicht von seinen militaristischen und kriminellen Vorstellungen loskommt.

So fragte er dauernd, ob Ruhlands Anteil mit 1000 DM von 200 000 DM aus dem Banküberfall nicht zu klein gewesen sei. Obwohl Ruhland immer wieder sagt, das Geld sei für die Arbeit der Gruppe bestimmt gewesen, suggeriert der Richter weiter, er habe zu wenig bekommen. Suggestivfragen und Verdrehungen sind überhaupt an der Tagesordnung. Zu den Überfällen in Berlin sagt Ruhland aus, Brigitte Asdonk und Monika Berberich seien nicht dabei gewesen. Daraufhin meint der Oberstaatsanwalt, er könne das nur für den Banküberfall wissen, an dem er beteiligt gewesen sei, nicht für die anderen. So weit so gut!

Aber dann fährt er fort: „Aber es ist wohl anzunehmen, daß sie dabei waren,“ worauf R. sagt: „Ja, es ist anzunehmen.“ Die Aussage wurde also eindeutig herumgedreht. Es gibt noch mehr solcher Beispiele. So entwickelt der Richter mit einer seltsamen Logik aus der Aussage, man habe Waffen für den Rückzug aus der Bank gehabt, die Folgerung, man habe das Töten von Zivilisten einkalkuliert. Das macht sich für die Anklage und für „Bild“ natürlich besser. Aus Platzmangel können wir hier nicht alle Beispiele für das Vorgehen von Richter und Oberstaatsanwalt bringen.

Eindeutig sind die Fragen immer wieder nach Mahler. Er habe das Handbuch für Stadtguerillas von Marighuella empfohlen, also die theoretische Grundlage der Gruppe gelegt, usw., usw. Baader, Mahler und Meinhof sind, die unbestrittenen Führer; alles, was nicht in dieses Bild passt, wird mit einer (meist dummen) Bemerkung abgetan. Auch wird unter dem Tisch gewünscht, daß aus den Aussagen eindeutig hervorgeht, daß man sich an den Grundsatz hält: „Der Bulle, der uns laufen läßt, den lassen wir auch laufen...“ Stattdessen wird das Bild der blindlings schießenden, brutalen Gangster gezeichnet.

Die übelste Figur in dem ganzen traurigen Spiel ist Pflichtverteidiger Becher aus Köln. Meist sitzt er da und schweigt. Sein einziger Einspruch gegen unzulässige Suggestivfragen. Keine einzige Frage, die auf eine Entlastung des Angeklagten hinzielt, außer wenn er damit gleichzeitig andere belasten kann, wobei dieser Nebeneffekt mehr heraustritt, als die Entlastung. Der Angeklagte belastet sich selbst unaufhörlich in Punkten, die ihm nie nachzuweisen wären.

Auf die Frage eines Reporters, warum er dies zulasse, antwortet Becher, als Verteidiger sei es nicht seine Aufgabe, den Angeklagten von Aussagen abzuhalten. Bechers Interesse, andere zu belasten, ist auffallend. Ruhland erzählt, eine Frau habe einige der Gruppe, darunter ihn und Ulrike Meinhof, nach Bremen gefahren, ohne aber ihre Identität zu kennen. Darauf sagt Becher,

RUHLAND-PROZESS

Polizei schießt auf Touristen

Zivilstreife stoppt holländischen Wagen/ Ehepaar vermutet Überfall und flieht

Von unserem Redaktionsmitglied Gert Kistenmacher

Hamburg, 9. März — Ein holländisches Touristenehepaar wäre in Hamburg um ein Haar der Nervosität um die Baader-Meinhof-Gruppe zum Opfer gefallen, als ihr Auto von drei Schüssen eines Polizeibeamten in Zivil getroffen wurde. Er hatte die Touristen irrtümlich für Mitglieder der linksgerichteten Gruppe gehalten, das Ehepaar glaubte sich von Räubern überfallen.

Einer der beiden Zivilfahnder ging mit der Polizei in der Hand auf den Wagen zu. Als der holländische Fahrer das Seitenfenster unterkurbelte, glaubte der Beamte erkannt zu haben, daß die holländische Beifahrerin eine Waffe auf ihn richtete. Zugleich erschien dem Beamten ein Lichtreflex auf dem Wagen — vermutlich hervorgerufen durch Scheinwerfer entgegenkommender Fahrzeuge — als das Mündungsfeuer einer Waffe. Er warf sich blitzschnell zu Boden und riß seine Pistole heraus.

Die Holländer wiederum glaubten im gleichen Augenblick an einen Überfall und rasten mit Vollgas davon. Der Polizeibeamte sandte dem Holländer drei Schüsse nach, die alle den Wagen, aber glücklicherweise nicht die Insassen trafen.

Unmittelbar darauf wurde für alle Polizeistationen entlang der Autobahn Großalarm mit dem Hinweis gegeben: „Verdacht auf Baader-Meinhof.“ Zum Erstaunen der Polizei meldete sich der gesuchte Holländer aber kurz darauf selbst auf der nächsten Autobahn-Polizeiwache. Aufgeregt und noch schreckensbleich meldete er, gerade eben nur knapp einem bewaffneten Überfall entgangen zu sein. Es sei von einem Zivilisten mehrfach auf ihn geschossen worden. Die Papiere der holländischen Touristen waren in Ordnung, die Autobahn-Polizeibeamten baten im Namen ihrer Hamburger Kollegen um Entschuldigung, und die Großfahndung wurde abgebrochen.

ÜBER DIE VORFÄLLE IN HAMBURG, WO DIE GENOSSEN MANFRED GRASHOF & WOLFGANG GRUNDMANN VERHAFTET WURDEN, WERDEN WIR IN DER NÄCHSTEN NUMMER GENAUER BERICHTEN, DA WIR IN FLORENZ AUCH NICHT MEHR WISSEN ALS IN DER ZEITUNG STEHT.

POST AN MANFRED & WOLFGANG MUSS NACH 2 HAMBURG 36 HOLSTENGLACIS 3-5 U-HAFTANSTALT GESCHICKT WERDEN.



Rechtsanwälte Othmar Bergmann und Reiner Demski
6000 Frankfurt am Main 1 - Oederweg 65 - Telefon (0611) 553651 - Gerichtsach. 429

PRESSEERKLÄRUNG

zur Entlassung des Studienassessors Werner Schork aus dem Beamtenverhältnis

Studienassessor Werner Schork wurde durch das Oberschulamt Nordbaden mit sofortiger Wirkung aus dem Beamtenverhältnis entlassen, weil er Mitglied des ehemaligen Sozialistischen Patientenkollektivs an der Universität Heidelberg (SPK) war. Werner Schork war Musikerzieher an einem Mannheimer Gymnasium. Er ist verheiratet und hat ein Kind. Er hatte sich innerhalb des SPK für leistungsgestörte Schüler mit schweren Artikulations- und Lernhemmungen, mit Rauschgiftneigung und Rauschgiftsuchtserscheinungen eingesetzt.

Hierzu stellen wir als seine Prozeßbevollmächtigten und Verteidiger fest:

Das Oberschulamt Nordbaden hat, ohne dies tatsächlich nachweisen zu können und zu wollen, das ehemalige SPK zur verfassungswidrigen Vereinigung erklärt. Selbst die Ermittlungsbehörden haben bislang über das SPK in seiner Gesamtheit ein solches Urteil nicht zu fällen gewagt. Obwohl es hierfür keinerlei Beweise gibt, behauptet das Oberschulamt, eine auf Hochverrat gerichtete Tätigkeit des ehemaligen SPK sei „inzwischen allgemein bekannt geworden und erwiesen.“ Diese naive Annahme begründet den dringenden Verdacht, daß das Oberschulamt seine Informationen über das SPK ausschließlich aus der BILD-Zeitung und den Hetzsendungen eines Herrn Löwenthal bezieht.

Bis heute sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen frühere Mitglieder des SPK noch nicht abgeschlossen, geschweige denn liegt ein rechtskräftiges Urteil vor. Bis zum gesetzlichen Nachweis irgendeiner Schuld haben Werner Schork und alle andere SPK-Mitglieder aufgrund des Art. 6 Absatz der Konvention zum Schutze der allgemeinen Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 als unschuldig zu gelten. Dieses allgemeine Menschenrecht der Unschuldsvermutung wird den ehemaligen SPK-Mitgliedern vorenthalten. Sie können nach diesem Präjudiz nicht mehr mit einem fairen Strafverfahren rechnen.

Das Oberschulamt Nordbaden ist auch nicht zuständig, den „verfassungswidrigen“ Charakter irgendeiner Vereinigung festzustellen. Bevor durch Verfügung der Verbotsbehörde das Vorliegen der Verbotsgründe festgestellt und das Verbot angeordnet ist kann aus der Mitgliedschaft in einer angeblich verfassungswidrigen Vereinigung nicht auf ein fehlendes Bekenntnis des Beamten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung geschlossen werden (so z.B. RUDOLPH in DVBl. 1967, 651).

Dieses Berufsverbot für einen angezierten politisch bewußten jungen Beamten verstößt gegen Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes wonach niemand wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden darf. Selbst das Oberschulamt muß Herrn Schork zugestehen, daß er sich immer gegen Gewaltanwendung bei der Durchsetzung politischer Ziele ausgesprochen hat. Werner Schork ist daher zu Recht dem Oberschulamt Nordbaden vor, es habe ihn nur deshalb entlassen, weil er „ein aufrechter Demokrat mit sozialistischen Neigungen sei.“

So macht man kurzen Prozeß und ruiniert den Rechtsstaat systemimmanent.

Kindergärtnerin wegen Bankraubes vor Gericht



ANGEKLAGT: Kindergärtnerin Margarete Czenki (30).



ANGEKLAGT: Student Rolf Heißler (23).

Urteile: 6 1/2 und 8 Jahre

Schlußwort von Margit Czenki am 25. Februar 1972

Der Staatsanwalt hat uns verurteilt, indem er von unserer stärksten Waffe nicht gesprochen hat - von unserer Solidarität. Wir sind jetzt noch viel zu wenige, zu schwach, um dieses irrationale Gesellschaftsgefüge umzuschmeißen, das darauf aufgebaut ist, daß wir alle unsere Arbeitskraft, also uns selbst verkaufen, wofür uns die Besitzenden, die Mächtigen die Berechtigung zu leben zubilligen. Aber wir sind stark genug, um dieses unmenschliche, zwangsläufig gewalttätige Gefüge anzuknabbern - und das geschieht täglich an allen Ecken und Enden. Wir werden auch täglich mehr - und für jeden Genossen, der im Knast hockt, rappeln sich andere auf - so werden wir dieses Gesellschaftsgefüge, das die Gleichheit des Einkommens, der Aufstiegschancen, Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Fabriken und Städten, Ausbildung und Bildung der Massen, Frauenemanzipation und gleichmäßige Entwicklung aller Regionen des Landes verspricht - aber, da es von der Ungleichheit lebt, nicht halten kann, zum Wanken bringen. Wir werden täglich mehr, da es in keinem Beruf langfristig wirkliche Perspektiven geben kann, die Handlungsspielräume für jeden einzelnen verschwinden (als Beispiel das teilweise schon praktizierte Berufsverbot für kritische, sozialistische und kommunistische Lehrer, Juristen und Sozialarbeiter, das nun auch offiziell ausgesprochen wird oder das geplante Maulkorbgesetz für Journalisten beim bayrischen Rundfunk). Inseln sind also nicht mehr möglich, da Profitinteresse und die Bedürfnisse der Menschen nicht unter einen Hut zu bringen sind. Wir alle haben keine Chance uns

zu verwirklichen, menschlich zu leben, da es im Kapitalismus keine Antwort auf all die Fragen der Not, die schwelenden Herde geben kann, selbst wenn man sie geben wollte. Vom Reichtum der Länder, dem Stand der Wissenschaft und Technik, d.h. von den materiellen Möglichkeiten her, wäre ein Leben miteinander statt gegeneinander ein Leben nebeneinander anstatt übereinander für alle in der ganzen Welt möglich. Nur einen Teil des Tages würden wir dazu benötigen, für die Befriedigung unserer Bedürfnisse zu arbeiten - der Rest der Zeit bliebe uns um uns umeinander zu kümmern, gemeinsam unsere Bedürfnisse artikulieren zu lernen, neue Lebensformen zu finden - eine auf Freiheit und Solidarität begründete Ordnung zu schaffen die Welt ist reif für den Sozialismus!

Das gilt auch für die Völker der Dritten Welt, die wir beim Aufbau eines menschlichen Lebens unterstützen müssten. Tatsächlich aber beuten die großen Industrienationen diese Länder aus, halten sie unterentwickelt, abhängig, unwissend. Die Handlungsbedingungen für Asien, Afrika, Südamerika verschlechtern sich, da für Rohstoffe (etwa Kakao) der Preis sinkt, während er für Industrie einen militärischen Akt vorstellt, wo der Sieg durch das Erstürmen eines Palastes erzwungen wird, mit Führern und Soldaten - sondern als langfristiger Prozess bei dem eben die verschiedenen Formen des Klassenkampfes zusammenfallen: Aufklärung und Widerstand, Basisarbeit und was sie unter gewaltsamen Kampf verstehen - Agitation und Aktion. An diesem Prozess haben wir uns beteiligt und wir wollten ihn durch Initiativen vorantreiben. Wir sehen uns im Zusammenhang und sind solidarisiert mit allen undogmatischen Gruppen, die nicht auf eine revolutionäre Situation warten, sondern sie herbeiführen wollen. Wir sehen uns im Zusammenhang und sind solidarisiert mit den Freiheitskämpfern überall auf der ganzen Welt und daher werden wir sie gewinnen!

Liebe Kinderladenkorten

Anke Andy Falf Boris Florian Claudius Pizza Eduard. Habe ich jemand vergessen? Ihr habt mir ja jetzt schon zwei mal geschrieben und viele Bilder gemalt, auf tollem buntem Papier - die schau ich mir immer wieder an. Aufhängen darf ich sie ja nicht - die Knastwände müssen sauber bleiben. Wisst ihr, das ist so wie in einem ganz beschissenen Kindergarten hier, da darf man nie machen, was man will, oder was Spaß macht - und so darf man eben auch an die Wände nichts ranmalen oder dranhängen. Auch mit andern reden darf ich nicht. In diesen komischen Kindergärten mögen es die Tanten auch nicht, wenn sich die Kinder zusammentun und motzen, wenn ihnen was stinkt. Und damit wir hier nicht motzen, stecken sie uns alle in Zellen, jeden für sich. Und ich bin den ganzen Tag in so einem winzigen Zimmer und beim Hofgang bin ich auch alleine, muß im Kreis herumgehen. Ein Springschiff wollte ich, damit mir im Hof nicht immer so langweilig ist - wißt ihr wie man damit hüpfet - aber das hab ich auch nicht gekriegt. Da haben die Wachteln Angst, daß ich sie damit fessele. Weil sie uns hier so fest einsperren und alles verbieten, haben die Wachteln natürlich Angst, wir wehren uns und deshalb werden die immer strenger und verbieten immer mehr. Die Maske, die ihr mir geschickt habt, hab ich schon mal ausprobiert - da meinten die Wachteln, ich spinne und wollte mir gleich Beruhigungstabletten geben - das tun sie immer, wenn sie die Gefangenen nicht mehr verstehen. Ihr habt geschrieben, daß man hier drinnen lernt, wie man Leute einsperrt. Da habt ihr schon recht. Da wo die Wachteln zu den Gefangenen nicht so streng sind, sind dann die Gefangenen untereinander und gegeneinander streng - die verpetzen sich dauernd gegenseitig. Das kommt vor allem daher, daß nie jemand zu ihnen geholfen hat - solidarisch war (ihr wißt doch, was Solidarität ist?). Da haben sie das eben nicht gelernt, aber wenn wir jetzt anfangen, ihnen zu helfen, sie nicht verpetzen und solidarisch mit ihnen sind, dann werden sie das auch, dann helfen sie sich auch untereinander; und je mehr Genossen hier eingesperrt werden, desto schwerer wird es, Menschen einzusperrn, desto mehr wehren die sich. Und weil ich überhaupt nicht gern Briefe schreibe, habe ich euch lieber was aufgemalt. Was spielt ihr denn so zur Zeit? Hockt ihr viel im Plantschraum? Der muß ja ganz duftig geworden sein, der Thomas vom Schülerladen hat mir in seinem Brief erzählt. Tschüs - wollt ihr ein paar Küschchen haben? Och, würde ich jetzt gern mit euch spielen - ohne Kinder leben ist scheiße, das könnt ihr eurer Bezugsperson sagen. Margit

PROZESSTERMINE:

1. Am 23.3.72 fängt in München der Prozeß gegen Roland Otto und Karl-Heinz Kühn an. Anklage: Bankraub
2. Der Prozeß gegen Uli Fischer, Renate Sauer und Karl-Heinz Wierzejewski wegen des Anschlages auf das Amerika-Haus läuft weiter. Die Haftbefehle gegen die Genossen wurden am 9.3.72 aufgehoben.
3. Der Prozeß gegen die Kommune Wolfsburg dauert an.

URTEIL:

Am 28.2.72 ist Klaus Hoppstädter zu 15 Monaten Jugendstrafe verurteilt worden. Tatvorwurf: Beleidigung (er soll das Wort Genickschußbulle verwendet haben), Widerstand und Landfriedensbruch (er soll einen Papierkorb gegen ein vorbeifahrendes Polizeiauto geworfen haben. Es handelte sich dabei um die Ku-Damm-Demonstration aus Anlaß des Mahler-Prozesses) bis zum Abschluß des Berufungsverfahrens wird Hoppstädter voraussichtlich in Untersuchungshaft bleiben. Er wurde nach Verkündung des Urteils im Gerichtssaal verhaftet.

Bub erhängt sich in Stadelheim

Der 14jährige saß wegen Diebstahls / Schon mit Sieben der erste Einbruch In seiner Stadelheimer Zelle schied der 14jährige Norbert R. in der Nacht zum Donnerstag früh aus dem Leben. Der jugendliche, der schon als Siebenjähriger als Einbrecher in Erscheinung getreten war, sah zuletzt wegen Diebstahls aus Autos und eines Verstoß gegen das Umweltschutzgesetz in Haft. Vor zwei Jahren habe sein älterer Bruder Hans in der Jugendstrafanstalt Lantzen-Lobenstein Selbstmord verübt. Ein tragischer Fall. Der Bub, der aus einer schwer kranken Familie stammt, hat eigentlich nichts die Chance gehabt, in ein gesundes Leben zu finden, erklärte resoner Mühlendens Krim-Chief, Oberkriminaldirektor Hermann Kropf. In ähnlicher Situation befand sich auch der 17-jährige, jugendliche Mörder des Staatsanwalter, pädagogischer Mitarbeiter des Jugendamtes München, Norbert R. hatte eine sehr schwere Persönlichkeitsstruktur und wurde zweifelsfrei durch das Mordgeschehen in den er selbst verlor. R. hatte zunächst - noch als Strahlungsleiter - Geschichtslehre verübt, wobei er besonnen durch seine kleine Gestalt durch Oberleitungsleiter in die Läden eintrat. Später trat er auch als Chef einer jugendlichen Raubbande in Erscheinung, die am Hasenbergl Kindern, die man zum Bankraube schickte, die Geldbörsen abnahm. Er wurde verschiedentlich in Jugendheimen geschickt, wo er jedoch immer wieder ausbrach. Auch seine Mutter - sein Vater sah als im Gefängnis - kam nicht mit ihm zurecht. Als sie ihn einmal in der Wohnung einsperrte, schloß er sich vom zweiten Stock ab und entkam. Am 14. Februar war Norbert in die Jugendstrafanstalt Stadelheim gebracht worden. Eine ärztliche Untersuchung ergab, daß er mangelhaft ernährt war. Deshalb wurde angeordnet, daß man ihn zunächst im Zentralkrankenhaus der Anstalt unterbringe. Aus besonderen Gründen kam er in eine Einzelzelle. Oberkriminaldirektor Kropf, stellvertretender Leiter des Zentralgefängnisses, erklärte: R. war ein Kind unter Umständen, das durch die Verhältnisse der Einzelzelle schwerlich zu retten sei. Nach dem Verbrechen wurde er festgehalten, daß der Bub am Nachmittag des 14. Februar in seiner Zelle einen Weinkelkrampf erlitt, wurden Tag und Nacht stündliche Kontrollen veranstaltet. Abschiedsbrief ans Gericht Am Mittwoch um 22.30 Uhr, als ein Aufsehungsbeamter zum letzten Mal in die Zelle leuchtete, lag Norbert R. schon tot schlafend im Bett. Um 23.30 Uhr wurde er tot aufgefunden. Er hatte sich mit seinem Gürtel an der Panneneinrichtung der Zelle erhängt. Ein Brief an das Amtsgericht den R. offensichtlich kurz vor seinem Selbstmord geschrieben hatte, enthält nur den Satz: „Ich Norbert R. bitte um eine mündliche Hilfeleistung.“ München, Freidanz

Neun Hinrichtungen ausgesetzt

TEHERAN, 5. März (AFP/ddp). Die Hinrichtung von neun in Iran wegen staatsgefährdender Tätigkeit zum Tode verurteilten Personen wurde ausgesetzt. In der vergangenen Woche waren neun Todesurteile vollstreckt worden.

Griechen durch Schuß eines Polizisten schwer verletzt

Göppingen (dpa). Ein 28jähriger Grieche wurde am Freitagabend in Börtlingen im württembergischen Kreis Göppingen durch den Schuß eines Polizisten schwer verletzt, den er zu seinem Schutz herbeigerufen hatte. Wie die Staatsanwaltschaft Ulm gestern mitteilte, hatte der Polizeibeamte in der Annahme geschossen, er werde von dem auf ihn zukommenden Mann mit einer Pistole bedroht. Der Grieche hatte aber nur eine Taschenlampe in der Hand gehalten. Er hatte die Polizei um Schutz vor einem Verwandten gebeten, der seiner Familie nach seinen Angaben damit gedroht hatte, das Haus über dem Kopf anzuzünden und „alle umzubringen“, wenn er nicht 2000 Mark erhalte.

Berliner nach Schießerei mit Polizei festgenommen

Obwohl der Festgenommene einen falschen Personalausweis bei sich trug, konnte ihn die Polizei identifizieren. Meyer, der seinen letzten Beruf mit „Dekorateur“ angab, wird von der Polizei verdächtigt, einer namentlich nicht näher bezeichneten „verbrecherischen Organisation“ anzugehören. Die Polizei war auf die Spur Meyers gestoßen, als er am Montagabend in einer Bielefelder Diskothek eine Maschinengewehr zu kaufen versuchte und dabei mit größeren Geldsummen prahlte.

Polizist erschoss Autofahrer

HERRENBERG, 2. März (dpa). Bei einer Verfolgungsfahrt wurde am späten Mittwochabend in Herrenberg (Kreis Böblingen) ein 18jähriger Mechaniker aus Breitenholz (Landkreis Tübingen) von einer Polizeikugel getötet. Staatsanwaltschaft und Polizei teilten am Donnerstag keine Einzelheiten mit. Wie zuverlässig bekannt wurde, hatte sich der 18jährige in Tübingen der Kontrolle durch einen Streifenwagen entzogen und war in Richtung Herrenberg davongefahren. In Herrenberg raste der Flüchtige durch eine Straßensperre und gefährdete dabei die Polizisten, die Haltezeichen gegeben hatten. Bei der weiteren Verfolgung schossen die Polizeibeamten und verletzten den jungen Mann tödlich.